



Medienmitteilung

Zürich, 21. Oktober 2021

«Kreislauf-Initiative» zur Ablehnung und Gegenvorschlag zur Annahme beantragt

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die Volksinitiative «Für eine nachhaltige Nutzung von Wertstoffen («Kreislauf-Initiative»)» (5668) abzulehnen. Den Gegenvorschlag der Regierung empfiehlt die Kommission einstimmig zur Annahme, wobei eine grosse Minderheit eine abweichende Formulierung beantragt.

Die «Kreislauf-Initiative» ist eine Volksinitiative auf Verfassungsstufe. Sie hat die Vermeidung von Abfall und die Schonung von Ressourcen durch möglichst geschlossene Stoffkreisläufe zum Ziel. Der Fokus liegt dabei vor allem auf den Privathaushalten. Zudem fordern die Initianten, den Eintrag von Fremdstoffen in die Umwelt zu verringern.

Grösster Abfallanteil fällt in der Wirtschaft an

Die Mehrheit der KEVU lehnt wie die Regierung die Volksinitiative ab, weil sie den Gegenvorschlag eindeutig bevorzugt. Eine Minderheit (Grüne, SP) stimmt auch der Volksinitiative zu, weil sie deren Ansätze stimmig findet. Der Gegenvorschlag der Regierung unterstützt die Stossrichtung der Volksinitiative, wählt aber einen umfassenderen Ansatz. Es wird insbesondere berücksichtigt, dass der weitaus grösste Abfallanteil nicht durch private Haushalte verursacht wird, sondern in der Wirtschaft anfällt – etwa beim Bauabfall. Nicht eigens aufgenommen wird im Gegenvorschlag der Regierung die Forderung, dass der Eintrag von Fremdstoffen in die Umwelt verringert werden soll. Dieses Anliegen ist laut Regierungsrat auf Gesetzesstufe bereits genügend abgedeckt.

Der Gegenvorschlag der Regierung wurde nicht nur von der Kommission, sondern auch von angefragten Branchenverbänden (Baustoffrecycling Schweiz, Kies- und Betonproduzenten des Kantons Zürich, SIA Sektion Zürich, Baumeisterverband Zürich) und von Vertretern des Gemeindepräsidienverbandes des Kantons Zürich positiv aufgenommen. Die KEVU beantragt ihn einstimmig zur Annahme.

Erhöhung der Nutzungsdauer von Gütern nicht auf Verfassungsstufe regeln

Eine grosse Minderheit (SP, GLP, Grüne) würde es allerdings bevorzugen, wenn im Gegenvorschlag nicht nur die Vermeidung von Abfällen und die Wiederverwertung von Gütern aufgenommen würden, sondern auch der Gedanke der Erhöhung der Nutzungsdauer derselben. Sie lehnt sich dabei an die Forderung der Initianten an, die auch das Konsumverhalten als wesentlichen Faktor einer umfassenden Kreislaufwirtschaft sehen. Die Mehrheit der KEVU lehnt dies ab, weil die Verfassung die falsche Flughöhe für so eine Bestimmung sei. Zudem sei es unklar, wie eine praktische Umsetzung aussehen würde.

Kontakte:

Kommissionspräsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Minderheit Grüne: Thomas Honegger (Grüne, Greifensee), 079 227 39 81

Minderheit GLP: Franziska Barmettler (GLP, Zürich), 079 796 61 55